

Termin: 0

Foto: 1

„Die Zeit ist der Feind“ -

Flachsbarth greift Forderungen der Deutsch-Kroatischen-Gesellschaft auf

WUNSTORF (gb). Zu einem Initiativgespräch empfing Bundestagsabgeordnete Dr. Maria Flachsbarth (CDU) Vertreter der Deutsch-Kroatischen-Gesellschaft e.V. Hannover. Schwerpunkt des Gesprächs war die aktuelle sozial- und gesellschaftspolitische Situation der kroatischen Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina sowie die Situation der Kroaten, die als Vertriebene und Flüchtlinge, seit dem letzten Krieg im ehemaligen Jugoslawien zwischen 1992 und 1995, in der Region Hannover – unter anderem auch in Wunstorf - in weiteren Teilen Deutschlands und darüber hinaus leben. Winfried Gburek hob als Sprecher der Deutsch-Kroatischen-Gesellschaft (DKG) in diesem Gespräch hervor, dass die DKG die jüngsten Initiativen und zahlreichen Vier-Augen-Gespräche der Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Politikern des Landes ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig betonte er aber auch, dass die Zeit dränge, um den Flüchtlingen und Vertriebenen, wie es im Vertrag von Dayton explizit gefordert ist, die Rückkehr in „ihre Heimat, ihre Häuser und auf ihr Land zu ermöglichen“. Hierbei nahm er Bezug auf ein persönlich geführtes Gespräch mit Slavko Marin, dem stellvertretenden Minister für Menschenrechte und Flüchtlinge in Bosnien und Herzegowina sowie mit dem Vizepräsidenten der Republik Srpska, Davor Čordaš. Sie hätten ihm unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass der politische Wille gegeben sei, den Vertriebenen und Flüchtlingen aus ihren derzeitigen Aufenthaltsländern - wie Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Kroatien und den Vereinigten Staaten von Amerika, den Weg der Rückkehr zu ebnen. Massive Sorgen bereite hierbei aber die ebenfalls deutlich hervorgehobene Planung seitens der Politik in Bosnien-Herzegowina, „die Förderung der Rückkehrer bis zum Jahr 2014 abschließen zu wollen“, erklärte Margret Engelking, die Vorsitzende der Deutsch-Kroatischen-Gesellschaft. „Die Zeit drängt. Die Zeit scheint zum größten Feind für die Rückkehrwilligen zu werden. Und besonders hier bitten wir die Bundesregierung um schnelle und deutliche Unterstützung“, erklärte Engelking gegenüber der Parlamentarierin Flachsbarth. Weite Gebiete der Republik Srpska, in denen vor allem Kroaten bis zum Krieg gelebt hätten, seien seit der Vertreibung nach wie vor menschenleer, die Häuser verlassen und größtenteils durch die Kriegswirren unbewohnbar. „In andere Häuser wurden fremde Familien zwangseinquartiert“, führte Josef Eichholz für die DKG weiter aus. „Ohne schnelle und wirksame politische Unterstützung in dieser Frage, seitens der deutschen und weiterer europäischer Regierungen, die den Vertrag von Dayton so gewollt und unterschrieben haben, wie er ist, wird es zu einer Manifestierung der ethnischen Säuberung kommen, die hier vor allem die Katholiken des Landes betreffen“, resümierte Gburek. Dr. Flachsbarth, Bundestagsabgeordnete in Hannover, Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, versprach, sich umgehend diesem Sachverhalt anzunehmen und selbstverständlich zuständige Stellen in Berlin mit einzubeziehen. Hierzu wolle sie unbedingt mit der DKG in Kontakt bleiben wollen und über weitere mögliche Schritte informieren. Nach Informationen der Deutsch-Kroatischen-Gesellschaft Hannover liegen bereits rund 12.000 Anträge auf Rückkehr den Behörden vor. Die DKG e.V. Hannover wurde während des Krieges im Jahr 1992 gegründet und leistet seit dem humanitäre, kulturelle und gesellschaftspolitische Unterstützung in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina. Rund 16 Millionen Euro Spendenmittel konnte die DKG inzwischen in beiden Ländern, insbesondere in Bosnien-Herzegowina, gezielt einsetzen. Foto: gb/p

Foto : Sie setzen sich gemeinsam gegen eine ethnische Säuberung und für die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina ein: Dr. Maria Flachsbarth

(MdB/CDU) (3. v. li.), Josef Eichholz, Margret Engelking und Winfried Gburek, von der DKG Hannover.